

Mustersatzung

Für einen Reit- und Fahrverein

Vorbemerkungen

Die Satzung eines jeden Vereins ist von seiner Mitgliederversammlung zu beschließen. Dieser Beschluss bedarf einer sorgfältigen und gründlichen Vorbereitung:

Die Mustersatzung gibt nur einen Anhalt für die Gestaltung der Satzung. Unverzichtbar sind die Bestimmungen über

- Name, der Rechtsform und Sitz des Vereins,
- Aufgaben (Zwecke) des Vereins und Gemeinnützigkeit,
- Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft,
- Organe und deren Aufgaben,
- Vertretung des Vereins nach außen (§ 26 BGB).

Weitere Bestimmungen sind möglich, wenn die Mitgliederversammlung dies mit den erforderlichen Mehrheiten beschließt. Eine Satzung sollte jedoch nach Möglichkeit auf das Notwendige beschränkt werden – nicht zuletzt, um spätere Änderungen überflüssig zu machen.

Abweichungen von den Bestimmungen der §§ 1, 2 und § 12 der Mustersatzung sind nach Möglichkeit zu vermeiden; sie enthalten die nach dem Vereinsrecht und dem Abgaberecht notwendigen Angaben.

Im übrigen sind inhaltliche Änderungen gegenüber der Mustersatzung (z.B. eine andere Zusammensetzung des Vorstandes) durchaus möglich.

Wir empfehlen dringend, vor der Vorlage des Entwurfs der Satzung zur Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung den Entwurf mit dem zuständigen Amtsgericht – Vereinsregister – und dem zuständigen Finanzamt – Gemeinnützigkeitsaufsicht – abzustimmen, um spätere Beanstandungen, die u.U. erst durch Satzungsänderungen in weiteren Mitgliederversammlungen ausgeräumt werden können, auszuschließen.

Bei neuen Vereinsgründungen empfehlen wir, frühzeitig das Gespräch mit dem zuständigen Kreisreiterverband, dem Kreissportverband und dem Regionalverband/ Landesverband aufzunehmen.

Satzung

des Reit- und Fahrvereins.....e.V.

§1

Name, Rechtsform und Sitz des Vereins

Der Reit- und Fahrverein.....e.V.

mit dem Sitz inist in das Vereinsregister bei

dem Amtsgericht ineingetragen.

Der Verein ist Mitglied des Kreissportverbandes.....und

durch den KRVMitglied des Landesverbandes der

Reit- und Fahrvereine in..... und der Deutschen

Reiterlichen Vereinigung e.V. (FN).

§ 2

Zweck und Aufgaben des Vereins, Gemeinnützigkeit

1. Der RV bezweckt:

- 1.1 die Gesundheitsförderung und Leibesertüchtigung aller Personen, insbesondere der Jugend im Rahmen der Jugendpflege durch Reiten, Fahren und Voltigieren;
- 1.2 die Ausbildung von Reiter, Fahrer und Pferd in allen Disziplinen;
- 1.3 ein breit gefächertes Angebot in den Bereichen des Breiten- und Leistungssports aller Disziplinen;
- 1.4 die Förderung des Tierschutzes bei der Haltung und im Umgang mit Pferden;
- 1.5 die Vertretung seiner Mitglieder gegenüber den Behörden und Organisationen auf der Ebene der Gemeinde und im Kreisverband;
- 1.6 die Förderung des Reitens in der freien Landschaft zur Erholung im Rahmen des Breitensports und die Unterstützung aller Bemühungen zur Pflege der Landschaft und zur Verhütung von Schäden;
- 1.7 die Förderung des Therapeutischen Reitens;
- 1.8 die Mitwirkung bei der Koordinierung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für Pferdesport und Pferdehaltung im Gemeindegebiet.

2. Durch die Erfüllung seiner Aufgaben verfolgt der Verein selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung; er enthält sich jeder parteipolitischen und konfessionellen Tätigkeit ¹⁾.
3. Der Verein verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke ²⁾.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.
5. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
6. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks darf das Vermögen des Vereins nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden (vgl. §12).

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder können natürliche Personen, juristische Personen und Personenvereinigungen werden. Die Mitgliedschaft wird durch Beitrittserklärung und deren Annahme erworben. Die schriftliche Beitrittserklärung ist an den Vorstand des Vereins zu richten; bei Kindern und Jugendlichen bedarf die der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreter. Personen, die bereits einem Reit- und Fahrverein angehören, müssen eine Erklärung über die Stamm-Mitgliedschaft im Sinne der LPO hinzufügen ³⁾. Änderungen in der Stamm-Mitgliedschaft sind dem Verein unverzüglich mitzuteilen!
Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Bei Ablehnung kann die Entscheidung der Mitgliederversammlung gefordert werden.
2. Personen, die den Verein uneigennützig bei der Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben persönlich, finanziell oder materiell zu unterstützen bereit sind, können vom Vorstand als fördernde Mitglieder aufgenommen werden.
3. Die Mitgliederversammlung kann verdienten Mitgliedern und anderen Persönlichkeiten, die den Reit- und Fahrsport und die Vereinsarbeit wesentlich gefördert haben, die Ehrenmitgliedschaft verleihen.
4. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft unterwerfen sich die Mitglieder den Satzungen und Ordnungen des Kreisreiterverbandes, des Regionalverbandes, des Landesverbandes und der FN.

§ 3a

Verpflichtungen gegenüber dem Pferd

1. Die Mitglieder sind hinsichtlich der ihnen anvertrauten Pferde verpflichtet, stets die Grundsätze des Tierschutzes zu beachten, insbesondere
 - 1.1 die Pferde ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen zu ernähren, zu pflegen und verhaltens- und tierschutzgerecht unterzubringen,
 - 1.2 den Pferden ausreichend Bewegung zu ermöglichen.
 - 1.3 Die Grundsätze verhaltens- und tierschutzgerechter Pferdeausbildung zu wahren, d. h. ein Pferd nicht unreiterlich zu behandeln, z. B. zu quälen, zu misshandeln oder unzulänglich zu transportieren.
2. Auf Turnieren unterwerfen sich die Mitglieder der Leistungs-Prüfungs-Ordnung (LPO) der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) einschließlich ihrer Rechtsordnung. Verstöße gegen die dort aufgeführten Verhaltensregeln (§ 920 LPO) können gem. § 921 LPO mit Verwarnung, Geldbußen, und/oder Sperren geahndet werden. Außerdem können dem Mitglied die Kosten des Verfahrens auferlegt und die Entscheidung veröffentlicht werden.
3. Verstöße gegen das Wohl des Pferdes können durch LPO-Ordnungsmaßnahmen auch geahndet werden, wenn sie sich außerhalb des Turnierbetriebes ereignen.

§4

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
2. Die Mitgliedschaft endet mit dem Ablauf des Geschäftsjahres, wenn das Mitglied sie bis zum 15. November des Jahres schriftlich kündigt (Austritt) ⁴⁾.
3. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es
 - gegen die Satzung oder gegen satzungsgemäße Beschlüsse verstößt, das Vereinsinteresse schädigt oder ernsthaft gefährdet oder sich eines unsportlichen oder unkameradschaftlichen Verhaltens schuldig macht;
 - gegen § 3a (Verpflichtungen gegenüber dem Pferd) verstößt;
 - seiner Beitragspflicht trotz Mahnung länger als sechs Monate nicht nachkommt.

Über den Ausschluss entscheidet der Ehrenrat. Das ausgeschlossene Mitglied kann den Ausschluss binnen vier Wochen durch schriftlich begründete Beschwerde anfechten, über die die Mitgliederversammlung entscheidet. Bis zur endgültigen Entscheidung ruht die Mitgliedschaft.

§ 5

Geschäftsjahr und Beiträge

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Beiträge, Aufnahmegelder und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
3. Beiträge sind im voraus zu zahlen. Soweit die Mitgliederversammlung keine Entscheidung getroffen hat, wird die Zahlungsweise von Aufnahmegeldern und Umlagen durch den Vorstand bestimmt.

§ 6

Organe

Die Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung und
- der Vorstand⁵.

§ 7

Mitgliederversammlung

1. Im ersten Vierteljahr eines jeden Jahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen; er muss dies tun, wenn es von mindestens einem Drittel der Mitglieder unter Angabe der Gründe beantragt wird.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder seinem Vertreter durch schriftliche Einladung an die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Zwischen dem Tage der Einberufung und dem Versammlungstage müssen zwei Wochen liegen.
3. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.
4. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens eine Woche vor dem Versammlungstage schriftlich beim Vorstand einzureichen. Später gestellte Anträge werden nur behandelt, wenn die Mitgliederversammlung die mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschließt.
5. Abstimmungen erfolgen auf Handzeichen. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet die einfache Mehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
6. Wahlen erfolgen durch Handzeichen, auf Antrag von einem Drittel der anwesenden Mitglieder durch Stimmzettel. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erhält keiner der Kandidaten die Mehrheit, findet zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen eine Stichwahl statt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los. Stimmberechtigt ist jedes persönlich anwesende Vereinsmitglied mit einer Stimme. Stimmübertragung ist nicht zulässig.
7. Jugendliche und Kinder haben kein Stimmrecht⁶.
8. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die die Beschlüsse im Wortlaut und die Ergebnisse von Wahlen verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben.

§ 8

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung entscheidet über

- die Wahl des Vorstandes ⁵,
- die Wahl der Mitglieder des Ehrenrats,
- die Wahl von zwei Kassen- und Rechnungsprüfern
- die Jahresrechnung,
- die Entlastung des Vorstandes,
- die Beiträge, Aufnahmegelder und Umlagen,
- die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins
- die Anträge nach § 3 Abs. 1 letzter Satz, Abs. 3 und §7 Abs. 4 dieser Satzung

Beschlüsse über die Änderungen der Satzung und über Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder.

§ 9

Vorstand

1. Der Verein wird von dem Vorstand geleitet.
2. Dem Vorstand gehören an
 - der Vorsitzende,
 - der stellvertretende Vorsitzende,
 - der Jugendwart (gem. Jugendordnung),
 - bis zu vier weitere Mitglieder ⁵.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende; jeder ist allein vertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis ist der stellvertretende Vorsitzende nur im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden zur Vertretung befugt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während seiner Amtszeit aus, ist von der nächsten Mitgliederversammlung eine Ergänzungswahl durchzuführen; scheidet der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende während ihrer Amtszeit aus, ist innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung einzuberufen, die die Ergänzungswahl durchführt.
5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
6. Über die Sitzungen des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, die die Gegenstände der Beratungen und die Beschlüsse verzeichnen muss. Sie ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

§ 10

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand entscheidet über

- die Vorbereitung der Mitgliederversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse,
- die Erfüllung aller dem Verein gestellten Aufgaben, soweit die Entscheidung nicht der Mitgliederversammlung nach dieser Satzung vorbehalten ist, und
- die Führung der laufenden Geschäfte.

§ 11

Ehrenrat ⁷

1. Der Ehrenrat besteht aus einem Obmann und zwei Beisitzern sowie zwei Ersatzmitgliedern. Seine Mitglieder dürfen kein anderes Amt im Verein bekleiden und sollen nach Möglichkeit über 35 Jahre alt sein. Sie werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
2. Der Ehrenrat entscheidet mit bindender Kraft über Streitigkeiten und Satzungsverstöße innerhalb des Vereins, soweit der Vorfall mit der Vereinszugehörigkeit in Zusammenhang steht und nicht die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts nach der LPO gegeben ist.

3. Er tritt auf Antrag jedes Vereinsmitgliedes zusammen und beschließt nach mündlicher Verhandlung, nachdem den Betroffenen Zeit und Gelegenheit gegeben ist, sich wegen der erhobenen Anschuldigungen zu verantworten und zu entlasten.
4. Er darf folgende Strafen verhängen:
 - Verwarnung;
 - Verweis;
 - Aberkennung der Fähigkeit, ein Vereinsamt zu bekleiden mit sofortiger Suspendierung;
 - Ausschluss von der Teilnahme am Sportbetrieb bis zu zwei Monaten;
 - Ausschluss aus dem Verein-
5. Jede den Betroffenen belastende Entscheidung ist diesem schriftlich mitzuteilen und zu begründen.
6. Der Ehrenrat entscheidet über den Ausschluss von Mitgliedern gem. § 4.

§ 12

Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in besonderen, zu diesem Zweck mit einer Frist von einem Monat einzuberufen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
2. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins, an den Landverband, der es unmittelbar und ausschließlich zur Förderung der in § 2 Abs. 1 dieser Satzung genannten Aufgaben zu verwenden hat.

Anmerkungen

- ¹⁾ Wir empfehlen den Bezug der DSB- Steuerbroschüre „Steuern, Versicherungen, Gebühren in Sport“, zu beziehen über den DSB , 60525 Frankfurt.
- ²⁾ § 2 Abs. 2-6 und § 12 sind übernommen aus der Abgabenordnung, weil sich nach § 59 AO die gesetzliche Verpflichtung für den Verein ergibt, in der Satzung anzuführen, welchen Zweck der Verein verfolgt, dass dieser Zweck den Anforderungen des Gesetzes entspricht und dass er ausschließlich und unmittelbar verfolgt wird.
- In § 2 Abs. 3 der Satzung kann auch angesagt werden:
 „Der Verein verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke“, wenn er sich jeder eigenwirtschaftlichen Tätigkeit (z.B. gewerbliche oder sonstige Erwerbzwecke) enthalten will. Vgl. § 55 Abs. 1 Satz 1 AO.
- ³⁾ Benutzen Sie den Vordruck „Antrag auf Mitgliedschaft“.
- ⁴⁾ Es sind auch Kündigungsregelungen zum Ende eines Kalendervierteljahres mit sechswöchiger Frist möglich; wenn die Mitgliederversammlung das will, ist § 4 Abs. 2 wie folgt zu formulieren:
 (2) Die Mitgliedschaft endet mit Ablauf des Kalendervierteljahres, wenn sie mindestens sechs Wochen zuvor schriftlich gekündigt worden ist.
- ⁵⁾ Die Funktionen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters sind unverzichtbar (§ 9 Ziff.3). Die Funktion des Jugendwarts ergibt sich aus § 5 c) der Musterjugendordnung. Der Vorstand muss in der Satzung bestimmt sein. Zuverlässig ist eine Formulierung „... dem Schriftführer und bis zu ... weiteren Mitgliedern“; unzulässig wäre eine Bestimmung „... dem Schriftführer und mindestens ... weitere Mitglieder“ (weil hier der Vorstand nicht klar gegrenzt ist).
- Im übrigen hängt die Größe des Vorstandes von den Aufgaben des jeweiligen Vereins ab. Der Vorstand muss groß genug sein, um alle Aufgaben abzudecken, z.B.:
- a) die allgemeinen Führungsaufgaben:
Vorsitzender, Geschäftsführer, Schatzmeister, Technischer Leiter, Pressewart;
 - b) die sportfachlichen Führungsaufgaben:
Jugendwart, Ausbildungsleiter (Reiten, Fahren, Voltigieren, Ponyreiten): Beauftragter für Breitensport, Beauftragter Turniersport, Beauftragter gesellschaftliche Veranstaltungen;
 - c) Interessenvertreter:
z.B. der Privatpferdebesitzer, Schulreiter, Eltern, eine evtl. Nebenanlage.
- Ein Vorstandsmitglied kann durchaus mehrere dieser Aufgaben übernehmen, jedoch sollte man niemals einem Vorstandsmitglied allgemeine Führungsaufgaben oder gar Vertretungsaufgaben übertragen. Das würde zu Interessenkollisionen führen.
- ⁶⁾ Es ist auch möglich, den Jugendlichen und Kindern ein Stimmrecht hinsichtlich der die Jugendarbeit des Vereins betreffenden Beschlüsse – innerhalb jeweils festzulegender satzungsrechtlicher Grenzen – zuzuordnen oder die Möglichkeit ihrer Vertretung durch die Eltern , Jugendsprecher u.a. zu eröffnen.
- Beachten Sie im übrigen das Muster einer Reitvereins-Jugendordnung (Jugendselbstverwaltung im Verein).
- ⁷⁾ Die Installierung eines gewählten Ehrenrats (für Verstöße und Streitigkeiten innerhalb des Vereins) ist zweckmäßig, jedoch nicht zwingend notwendig. Wenn auf einen Ehrenrat verzichtet werden soll, muss es in § 4 Ziff. 3 Satz 2 heißen: „Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand“.

Bitte an die Mustersatzung anhängen bzw. einfügen:

„Der Verein und seine Organe haften für Schäden nur in den Grenzen und im Umfang des zur Verfügung stehenden Haftpflicht-Versicherungsschutzes. Die Haftung für darüber hinausgehende Schäden wird ausdrücklich ausgeschlossen.

Der über die Sporthilfe e. V. abgeschlossene Sportversicherungsvertrag kann jederzeit beim Vorstand des Vereins eingesehen werden.

Ansprüche aus der Sport- Unfallversicherung werden von dieser Haftung nicht berührt.“